

**Beschluss** (gegen die Stimmen der FDP - BAYERNPARTEI und der AfD):

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen. **Der Stadtrat wird nach dem Ende der Corona-Pandemie wieder mit dem Thema einer kommunalen Verpackungssteuer befasst. Zur Vorbereitung wird die Verwaltung gebeten, zu ermitteln und vorzustellen, wie viel Prozent der Anbieter\*innen von Außer-Haus-Essen weniger als fünf Mitarbeiter\*innen bzw. weniger als 80 m<sup>2</sup> Fläche haben und wie viel Prozent des bisherigen Einweg-Abfallaufkommens auf diese kleiner Anbieter zurückgehen.**
2. Der Abfallwirtschaftsbetrieb München wird beauftragt, die Öffentlichkeitsarbeit zum Münchner Mehrweggebot mit den entsprechenden Dienststellen im Kreisverwaltungsreferat und im Referat für Klima- und Umweltschutz entsprechend der neuen Rechtslage ab Juli 2021 anzupassen und das Beratungsangebot gemeinsam zu intensivieren. Der AWM bietet der LMU, der TUM, der Hochschule München und Hochschule für Film- und Fernsehen Unterstützung und Kooperation an für eigene Kampagnen zur Müllvermeidung, gerichtet an deren Studenten.
3. Der Abfallwirtschaftsbetrieb München wird beauftragt, im Rahmen des Zero-Waste-Dialogprozesses Veranstaltende, die regelmäßig auf privaten Grundstücken Events organisieren, mit Unternehmen von Mehrwegsystemen zusammenzubringen, um ein Mehrweggebot auch auf privaten Flächen zu verankern.
4. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft und das Referat für Klima- und Umweltschutz werden gebeten, in ihren bereits bestehenden Umwelt- und Klimaschutzprogrammen IHKM und ÖKOPROFIT für die Münchner Wirtschaft, die Beratung von Unternehmen im Hinblick auf Abfallvermeidung und die aktuelle Rechtslage ab Juli 2021 aufzugreifen und als Beratungsangebot für

Unternehmen stärker auszurichten.

5. **Zur Unterstützung der Mehrwegbewegung prüft die LHM Möglichkeiten, gemeinschaftlich nutzbare und skalierbare Spülstationen und Sammelautomaten für Mehrweggeschirr zu fördern sowie Standorte im öffentlichen Raum anzubieten.**
6. Das Referat für Klima- und Umweltschutz wird gebeten zu prüfen, ob eine digitale Informations-Plattform der Stadt (z. B. eine Webseite) zur Etablierung eines unabhängigen und kostenlosen Beratungsangebotes für Gastronomie und Einzelhandel mit externer Unterstützung aufgebaut werden kann, um Einstiegshürden und Unsicherheiten zu senken. Das Referat für Klima- und Umweltschutz und das Referat für Arbeit und Wirtschaft werden beauftragt, kurzfristig eine Anschubfinanzierung für die Informations-Plattform zu prüfen.
7. **Das Referat für Klima- und Umweltschutz (RKU) wird beauftragt, ein Konzept für ein bis 31.12.2022 befristetes Mehrwegförderprogramm zu erarbeiten: Gastronomie und (Lebensmittel-)Einzelhandel mit Sitz in München (ausgenommen Filialen von Ketten); die die für 2023 geplanten bundesrechtlichen Vorgaben bereits vor diesem Zeitpunkt erfüllen, sollen Zuschüsse für bspw. Spülmöglichkeiten oder Rücknahmestationen beantragen können. Das Förderprogramm soll gesondert honorieren, wenn ein Betrieb sich zur kompletten Abschaffung von Einwegverpackungen verpflichtet.**
8. **Das RKU wird beauftragt, im Rahmen eines Prüfauftrags ein Konzept für eine kommunale Verpackungsabgabe zu erarbeiten.**
9. **Das RKU wird beauftragt, ein Bonussystem im städtischen Einflussbereich bei der Nutzung von Mehrweggeschirr zu erarbeiten. Konkret sollen die städtischen Kantinen und Mieter\*innen bei städtischen Tochtergesellschaften dazu verpflichtet werden, Anreize zur Nutzung von Mehrweggeschirr zu setzen, bspw. in Form einer Gebühr**

**auf Einwegverpackungen und -geschirr, die Mehrweglösungen preislich günstiger macht.**

10. **Der Abfallwirtschaftsbetrieb wird gebeten, in den Zero-Waste-Bericht im ersten Halbjahr 2022 einen Passus zum Thema Mehrweg aufzunehmen, der alle Erkenntnisse, die bis zu diesem Zeitpunkt vorliegen, aufzeigt, und einen Vorschlag für den weiteren Berichtsrhythmus zu unterbreiten.**
11. Dem Antrag Nr. 20-26/A009003 der Fraktion ÖDP/FW vom 17.12.2020 kann nach Maßgabe dieser Vorlage im Ergebnis entsprochen werden. Der Antrag ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
12. Der Antrag Nr. 20-26/A00198 der Fraktion Die Grünen - rosa Liste und der SPD/Volt-Fraktion vom 02.07.2020 **bleibt aufgegriffen.**
13. Der Antrag Nr. 20-26/B01668 des Bezirksausschusses des Stadtbezirkes 03 - Maxvorstadt vom 12.01.2021 kann nach Maßgabe dieser Vorlage teilweise entsprochen werden; er ist damit satzungsgemäß erledigt.
14. Diese Sitzungsvorlage unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.